



Auszug aus dem substanziellen Protokoll

6. Ratssitzung vom 17. Juni 2026

237. 2025/355

Motion der AL-Fraktion vom 27.08.2025:

Reduzierung der finanziellen Belastung der Stadtzürcher Bevölkerung aufgrund der steigenden Krankenkassenprämien

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Sozialdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Moritz Bögli (AL) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 4982/2025): *Kommen wir zu einem weiteren Thema, das wir im Gemeinderat öfters debattieren: die Belastung der Stadtzürcher Bevölkerung aufgrund von steigenden Krankenkassenprämien. Diese Motion hat eine Vorgeschichte. Sie beruht auf einem ausgearbeiteten Gegenvorschlag zu einer Volksinitiative und fordert eigentlich dasselbe wie der Gegenvorschlag. Bei Leuten mit sehr kleinem Einkommen ist das System, das uns der Kanton vorschreibt, aus unserer Sicht gescheitert. Die individuelle Prämienverbilligung (IPV), womit Bund und Kantone versuchen, Leute mit kleinerem Portemonnaie zu entlasten, hat für die meisten Menschen nicht mehr den gewünschten Effekt. Das ist gerade bei den Menschen der Fall, die sich nur leicht über der Sozialhilfeschwelle befinden. Für sie sind Krankenkassenprämien neben der Miete die grösste Ausgabe. Deshalb haben wir im Rahmen der Prämienentlastungsinitiative der SP in der Kommission den folgenden Gegenvorschlag ausgehandelt: Bei Leuten mit tiefem Einkommen soll die Stadt mindestens 75 Prozent des Restbetrags übernehmen, der nach der IPV übrig bleibt. Der Gegenvorschlag fand in der Kommission eine Mehrheit, im Gemeinderat wurde er abgelehnt. Das geschah hauptsächlich, weil der Stadtrat drohte, bei einer Annahme von seinem doppelten Antragsrecht Gebrauch zu machen. Die SP als Koalitionspartnerin ist daraufhin abgesprungen. Wir finden das Anliegen nach wie vor sinnvoll und wollen es weiterverfolgen. Deshalb haben wir diese Motion eingereicht. Damit kann man dem Teil der städtischen Bevölkerung, der nicht so viel Geld hat, effektiv unter die Arme greifen und die Leute erreichen, die es am dringendsten benötigen. Dies vor dem Hintergrund, dass der Kanton das IPV-System in den letzten Jahren vor allem nach oben ausgeweitet hat. Man vergibt mehr Geld, doch dieses kommt denjenigen zugute, die neu unter die hinaufgesetzten Maximaleinkommensgrenzen fallen und erstmals von einer IPV profitieren. Aus unserer Perspektive wäre es sinnvoller, den Topf nach unten hin zu vergrössern und Personen mit minimalen Einkommen stärker zu entlasten. Darum wollen wir, dass die Stadt diesen Menschen unter die Arme greift und künftig den Restbetrag übernimmt.*



Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sozialdepartements Stellung.

STR Céline Widmer: Die Ausgangslage heute ist klar. Die Stimmbevölkerung der Stadt Zürich hat am 30. November 2025 die Prämientlastungsinitiative angenommen. Wir arbeiten aktuell an der Umsetzung. Der Stadtrat beantragt die Ablehnung dieser Motion. Wir nehmen den Vorstoss gerne als Postulat entgegen, weil wir die Anliegen der Motion, die aufgrund von Änderungen auf kantonaler Ebene noch nicht umgesetzt wurden, im Rahmen der Umsetzung der Prämientlastungsinitiative prüfen können.

Weitere Wortmeldungen:

Marita Verballi (FDP): Die Entlastung von der Belastung durch Krankenkassenprämien ist in erster Linie die Aufgabe von Bund und Kantonen. Dafür gibt es die IPV, ein gezieltes Instrument, das in den letzten Jahren sowohl für höhere als auch tiefere Einkommen verbessert wurde. Wie STR Céline Widmer eben gesagt hat, hat die Zürcher Stimmbevölkerung erst vor ein paar Monaten auf kommunaler Ebene der Prämientlastungsinitiative zugestimmt. Der Stadtrat arbeitet schon an der Umsetzung, und die Forderungen der Motion werden in diesem Rahmen geprüft und vielleicht auch berücksichtigt. Eine zusätzliche Vorlage schafft vor allem unnötige Doppelspurigkeiten und Bürokratie. Dazu kommt, dass letzten Sonntag an der Urne höhere Steuerabzüge für Krankenkassenprämien im ganzen Kanton Zürich beschlossen wurden. Auch damit wird die finanzielle Belastung der Bevölkerung reduziert. Bevor man weitere kommunale Leistungen schafft, sollte man die Auswirkungen dieser bereits beschlossenen Massnahmen abwarten. Darum lehnt die FDP sowohl die Motion als auch die Umwandlung in ein Postulat ab.

Karin Stepinski (Die Mitte): Ich schliesse mich Marita Verballi (FDP) an und habe nur wenig anzufügen. Mit der Annahme der Prämientlastungsinitiative haben uns die Stimmberechtigten einen Auftrag erteilt. Die Die Mitte hat diese Initiative zwar nicht unterstützt, erkennt aber die Gültigkeit des Volkswillens an. Der Stadtrat und die Verwaltung sollen sich nun an die Arbeit machen und die Initiative umsetzen. Aus unserer Sicht braucht es keinen weiteren Vorstoss, weder in Form einer Motion noch eines Postulats.

Julia Hofstetter (Grüne): Im letzten Jahr haben sich in der Stadt Zürich 16 000 Personen verschuldet, weil sie ihre Krankenkassenprämien nicht zahlen konnten. Schulden sind sehr belastend und machen krank. Viele Menschen haben sich zwar nicht verschuldet, müssen aber sehr viel Mühe aufwenden, um das nötige Geld zusammenzukratzen. Wir fordern, dass der Stadtrat im Rahmen der Umsetzung der Prämientlastungsinitiative auch den vorliegenden Vorstoss prüft, den wir unterstützen.

Michele Romagnolo (SVP): Die Motion ist gut gemeint, zielt aber in die falsche Richtung. Eine pauschale Auszahlung von städtischen Beiträgen, unabhängig davon, ob schon eine IPV bezogen wird, wird zu erheblichen Mitnahmeeffekten führen. Auch Leute, die finanziell nicht zwingend auf zusätzliche Unterstützung angewiesen sind, würden davon profitieren. Damit fehlt die zielgerichtete Entlastung jener Haushalte, die am



meisten unter den steigenden Krankenkassenprämien leiden. Die Verpflichtung, mindestens 75 Prozent des verbleibenden Restbetrags zu übernehmen und das noch an die Teuerung zu koppeln, würde die städtischen Finanzen stark und dauerhaft belasten. Die Kosten wären schwer steuerbar und könnten in wirtschaftlich schwierigen Zeiten zu grossen Budgetproblemen oder Sparmassnahmen in anderen wichtigen Bereichen führen. Es könnte zudem zu Fehlanreizen kommen. Wenn ein so grosser Teil der Prämien übernommen wird, sinkt der Anreiz, kostenbewusste und günstigere Versicherungsmodelle zu wählen. Das könnte die Gesundheitskosten längerfristig noch mehr in die Höhe treiben. Die Hauptverantwortung für die Prämienverbilligung liegt beim Kanton. Eine parallele umfassende städtische Lösung würde zu Doppelspurigkeiten führen und das System unnötig verkomplizieren. Sinnvoller wäre es, auf kantonaler Ebene Verbesserungen bei der Zuteilung und Stabilität der IPV zu erreichen. Der Rückgang der Bezügerzahlen ist zwar besorgniserregend, er rechtfertigt jedoch keine breit gestreuten Subventionen nach dem Giesskannenprinzip. Stattdessen braucht es zielgerichtete Massnahmen, die vor allem einkommensschwache Haushalte effektiv und nachhaltig entlasten.

Oliver Heimgartner (SP): Die Prämienentlastungsinitiative ist Teil des 200 Millionen Franken schweren Kaufkraftpakets der SP, das die Stimmberechtigten mit grosser Mehrheit unterstützt haben. Der Vorstoss der AL ist somit etwas veraltet. Die SP lehnt den Vorstoss als Motion ab, unterstützt ihn aber als Postulat, damit das Anliegen bei der Umsetzung unserer Initiative geprüft werden kann.

Samuel Balsiger (SVP): Merken Sie eigentlich nicht, wie absurd Ihr Handeln ist? Beim vorherigen Geschäft wollten Sie, dass Leute, die kein Anrecht haben, in der Schweiz zu sein, zusätzliche Leistungen erhalten, die über das Krankenversicherungsgesetz (KVG) bezahlt werden. Ein Geschäft später verdrücken Sie Krokodilstränen, weil die Leute das bezahlen müssen. Wenn Sie immer mehr Geld ausgeben, steigen auch die Prämien. Es ist klar, dass die Prämien steigen, wenn über 130 000 Ukrainer in die Schweiz kommen und ab dem ersten Tag die volle Leistung im Gesundheitswesen erhalten, ohne je einen Franken eingezahlt zu haben. Es ist klar, dass die Gesundheitskosten steigen, wenn seit dem Jahr 2002 fast 500 000 Asylgesuche in der Schweiz verzeichnet wurden. Es ist ebenso klar, dass die Kosten im Gesundheitswesen nach oben gehen, wenn Sie den Leistungskatalog immer weiter ausbauen. Es ist eure Politik, die dem Mittelstand die Luft abschnürt. Am Schluss spielen Sie sich als Retter für ein Problem auf, das Sie geschaffen haben. Ich möchte daran erinnern, dass die Alt-Bundesrätin Ruth Dreifuss der SP im Jahr 1994 durch die Schweiz getingelt ist und gesagt hat, mit dem neuen Krankenversicherungsgesetz gäbe es «keine Explosion bei den Kosten, sondern im Gegenteil, die Kosten werden langfristig gedämpft». Ihre Bundesrätin hat versprochen, dass die Kosten sinken. Was ist stattdessen passiert? In den letzten 20 Jahren haben sich die Kosten für den Mittelstand verdoppelt. Das ist die direkte Folge Ihrer Politik. Wir wollen nicht, dass der Mittelstand weiter ausgeblutet wird und lehnen das ab.

Moritz Bögli (AL): Manchmal frage ich mich, ob gewisse Behauptungen in diesem Rat auf Ignoranz gründen oder ob gezielt Fehlinformationen gestreut werden. Zahnbehandlungen sind keine KVG-Leistung. Der Vorstoss von vorhin hat keinen Einfluss auf die



4 / 4

Krankenkassenprämien. Auch der Leistungskatalog wird auf nationaler Ebene entschieden, nicht im Gemeinderat. Sie sind diejenigen, die in Bern bestimmen, was im KVG steht, nicht wir. Zur FDP muss ich sagen: Die Abstimmungsergebnisse der SVP-Steuersenkungsinitiative von diesem Wochenende heranzuziehen, um diesen Vorstoss abzulehnen, ist ein bisschen peinlich. Diese Initiative hilft Gutverdienenden. Gutverdienende, die Steuern zahlen, können nun mehr von diesen Steuern abziehen. Beim vorliegenden Vorstoss geht es hingegen nur um Leute, die keine oder praktisch keine Steuern zahlen. Die Kosten, die diese Menschen in ihrem Leben tragen, betreffen völlig andere Bereiche. Ich finde es leicht befremdlich, dass die SP eine Idee, die sie in der Kommission immer unterstützt hat, als Motion nun nicht mehr will. Damals fand man den Gegenvorschlag gut. Kohärent ist dieser Meinungswechsel nicht. Offensichtlich zeigt die SP sich gegenüber dem eigenen Stadtrat hörig, den man öffentlich gern für seine Handlungen kritisiert. Das ergibt für uns keinen Sinn. Wir wandeln den Vorstoss trotzdem in ein Postulat um, weil wir es wichtig finden, dass er im Rahmen der Umsetzung der Prämienvorbilligungsinitiative geprüft wird. Diese ist, wenn man sich die Fristen anschaut, bereits fortgeschritten. Wir sind weiterhin der Meinung, dass dieser Gegenvorschlag sehr sinnvoll und eigentlich die bessere Umsetzung dieser Initiative wäre.

Moritz Bögli (AL) ist einverstanden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Marita Verbali (FDP) stellt den Ablehnungsantrag zum Postulat.

Das Postulat GR Nr. 2026/300 (statt Motion GR Nr. 2025/355, Umwandlung) wird mit 59 gegen 56 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat